

Mit grünem Wachstum in die Zukunft? Der Green New Deal

Vorspann:

Mit dem New Deal reagierte US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er-Jahren auf die Weltwirtschaftskrise. Ebenfalls einen Neustart soll der seit einigen Jahren diskutierte Green New Deal ermöglichen und eine ökologisch fundierte Antwort auf die Wirtschafts- und Klimakrise bieten.

Ob diese erfolgversprechend und ausreichend ist und den Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft ebnet, darüber wird heftig debattiert.

Sven Giegold

Ein notwendiger schneller Schritt

Ja, angesichts der globalen Krisen der sich globalisierenden Ökonomie braucht es eine rasche und konsequente Transformation der Wirtschaft. Dabei dürfen Klimapolitik, wachsende Ungleichheit und ökonomische Instabilität nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Nur ein Paket von Maßnahmen, das diese Krisen gleichermaßen anpackt, hat eine Chance, den Herausforderungen gerecht zu werden. Unter den Begriffen „Grünes Wachstum“, „Green Economy“, „Green New Deal“ segeln sehr verschiedene Konzepte, auch etliche borniert verengte und gefährliche.

Der Grüne New Deal (GND) der Europäischen Grünen steht auf drei Säulen: Erstens sieht er ein massives Programm von Investitionen in ökologische Technologien und soziale Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit vor. Das schafft neue Arbeitsplätze, senkt rasch den Naturverbrauch und die Treibhausgasemissionen und löst die Verwertungskrise nach der Finanzkrise. Zweitens wollen wir die internationalen Finanzmärkte konsequent regulieren und besteuern. Damit soll das Kapital von der kurzfristigen Spekulation in die langfristigen Zukunftssektoren der Realwirtschaft gelenkt werden. Drittens beinhaltet der GND eine Reihe von Forderungen, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zusammenzuführen, in Deutschland wie global. Dazu gehört vor allem die Besteuerung von Kapitaleinkommen, großen Vermögen und des Umweltverbrauchs, auch um die nötigen Investitionen zu finanzieren.

Viel mehr als Ökoinvestitionen

Das Konzept besteht aus einer ganzen Reihe von wirtschafts-, industrie-, steuer-, umwelt- und sozialpolitischen Maßnahmen, die sich zu einem tiefen Umbaukonzept zusammenfügen. Ziel des GND ist es, die materiellen Bedürfnisse aller bei gleichzeitiger Verringerung des Naturverbrauchs zu decken. Dazu braucht es absolute Grenzen für Treibhausgase, Rohstoffextraktion, Schutzgebiete.

Anders als immer wieder behauptet, ist der GND nicht autoritär, sondern ein zutiefst demokratisches Projekt. Kritische KonsumentInnen, sozial-ökologische UnternehmerInnen, GewerkschafterInnen in Zukunftsbranchen, WählerInnen, aktive BürgerInnen in Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, InvestorInnen in Erneuerbare Energien – sie alle können sich am Grünen New Deal beteiligen. Diese Umbaubewegung nimmt Fahrt auf. Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, ethische Geldanlage, Elektromobilität, Wärmedämmung von Gebäuden boomen. Dieser Boom erzeugt die gesellschaftliche Machtbasis für weitere politische Maßnahmen. Es entsteht im günstigsten Fall eine sich selbst verstärkende Umbaubewegung. Das wird auch nötig sein, denn letztlich wird es von den politischen Rahmenbedingungen abhängen, ob es noch gelingen wird, den in Richtung Abgrund rasenden Zug der globalisierten Ökonomie noch umzulenken. Dieses Umsteuern für den GND ist kein Wohlfühlprogramm für Feinschmecker von Konsenssauce. Das Wachstum der Zukunftssektoren bringt heftige Konflikte beim Ab- und Umbau der schmutzigen Sektoren.

Sicher gibt es auch Andere, die den Begriff „GND“ verwenden und ihn alleine auf „Ökoinvestitionen“ reduzieren. Ein solches Verständnis wird den tiefen, mehrfachen Krisen des globalen Kapitalismus nicht gerecht. Vor allem kann es keine Lösung der ökologischen Krise geben, die nicht gleichzeitig sozial ist – innerhalb von Staaten wie international.

Wir müssen die Gunst der Stunde nutzen

Um Missverständnissen vorzubeugen: Kritische Grundsatzfragen an den GND sind berechtigt. Dem Kapitalismus wohnt der Drang zum unendlichen Wachstum und zur ökonomischen Verwertung alles noch Unverwerteten inne. Unendliches Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten ist unmöglich. Und es ist nicht alles grün, was derzeit unter „Grün“ segelt, wie zum Beispiel Palmöl für Erneuerbare Energien bei uns oder Rohstoffabbau unter Missachtung von Menschenrechten.

Korrekturen am Grünen New Deal sind laufend notwendig. Die riesigen Investitionen, um den Naturverbrauch schnell zu schrumpfen, werden als Begleiterscheinung zu Wachstum der in Geld gemessenen Wirtschaftsleistung führen. Wachstum ist aber nicht Zweck des GND, sondern eine Nebenfolge. Ob die Wirtschaft wächst oder nicht, ist nicht entscheidend, solange die Grenzen der Tragfähigkeit des Planeten durch harte Regeln geschützt werden.

An der fragwürdigen kulturell prägenden Kraft des Kapitalismus wird allerdings auch seine Begründung nichts ändern – Konsumwahn, Gier und Materialismus wird es dann immer noch geben. Mittelfristig sollten wir uns deshalb ein grundlegend anderes System ausdenken. Falsch ist jedoch, die Gunst der Stunde nicht zu nutzen, um das Mögliche und längst Bekannte durchzusetzen. Angesichts des Klimawandels brauchen wir die ökologische Wende schnell, sie muss im Rahmen des kapitalistischen Systems erreicht werden.

Mich erinnern die VertreterInnen der Postwachstumsökonomie, die den Grünen New Deal grundlegend ablehnen, an Revolutionäre, die sozialökologische Reformen bekämpfen. Letztlich ist es immer wieder der gleiche unproduktive Streit. Weiter führt etwa folgende Haltung: Ohne den Grünen New Deal wird es die Postwachstumsökonomie niemals geben. Ohne die Kritik an den Grenzen des Grünen New Deals können wir die weitergehenden Fragen nicht beantworten.

Sven Giegold ist Wirtschaftswissenschaftler, Gründungsmitglied von Attac und Mitglied des Europäischen Parlaments. Er koordiniert dort seit 2009 die Arbeit der Grünen Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft & Währung.

Dieser Text stammt aus dem INKOTA-Dossier 11: Alternativen zum Wachstum (<<http://inkota.de/index.php?id=1488>>). Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck.